



## **Stadtratsfraktion Pirmasens**

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Bernhard Matheis  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845**

**Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)**

**Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

### **Antrag zur Stadtratssitzung am 20. Februar 2017**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

10. Februar 2017

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 20. Februar 2017 zu setzen.

#### **Genossenschaftliches Public-Citizen-Partnership-Projekt für ärztliche Versorgung und Gesundheitsversorgung**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Pirmasens initiiert ein Public-Citizen-Partnership-Projekt (PCP) in Form einer eingetragenen Genossenschaft unter kommunaler Beteiligung mit dem Ziel, die ärztliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und ein Netzwerk für Gesundheitsversorgung zu etablieren.

#### **Begründung:**

Momentan werden bundesweit verschiedene neue Wege beschritten, um auf kommunaler Ebene dem drohenden Ärztemangel zu begegnen und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Modelle reichen von der ersten kommunalen Arztpraxis in Büsum (Schleswig-Holstein) in Form eines kommunalen Eigenbetriebes, über Gesundheitsgenossenschaften, beispielsweise in Baden-Württemberg, bis zu Ärztegenossenschaften oder dem Wormser Modell des „Wormser Gesundheitsnetzes e.G“. Diese Akteure haben erkannt, dass gerade Genossenschaftsmodelle oder kommunale Betriebe die Anreize und Möglichkeiten bieten können, die es insbesondere jungen Ärzten erlauben, ohne exorbitante Anfangsinvestitionen ihren Beruf aus zu üben, Nachwuchsärzte an den Standort zu binden, Synergieeffekte zu erzielen, kooperative Netzwerke für die Gesundheitsversorgung zu bilden und Aufgaben wie das Abrechnungswesen, Datenverarbeitung oder Personalmanagement gemeinschaftlich leichter zu bewältigen.

Rein finanzielle Anreizprogramme als Mittel gegen den Ärztemangel mit direkten Zuschüssen bei der Niederlassung sind dagegen weitgehend gescheitert und haben kaum Effekte erzielt.

Praxisgenossenschaften bieten flexible Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigung in Angestelltenverhältnissen, ärztliche Einkaufsgenossenschaften nutzen die erzielbaren Preisvorteile, kommunale Genossenschaften können Praxisräumlichkeiten zur Verfügung stellen und Ärztenetze eine koordinierte Betreuung von Patienten gewährleisten oder mobile Praxen und mobile ärztliche Notdienste einrichten.

Diese Vorteile sollen in einem Public-Citizen-Partnership (PCP) der Stadt Pirmasens gebündelt und mit dem heutigen Beschluss ein Umsetzungsprozess in Gang gesetzt werden.

Im Gegensatz zu Public-Private-Partnership (PPP) -Projekten, bei denen kommunale oder gemeinwohlorientierte Aufgaben zur Gänze an private, meistens nicht ortsgebundene Anbieter ausgelagert werden, sind Public-Citizen-Partnerships (PCP) eine Form der Kooperation zwischen Kommune und den Bürgerinnen und Bürgern, die mit gemeinschaftlich entwickelten Konzepten Leistungen erbringt, deren Wertschöpfung letztendlich in der Gemeinde verbleibt.

Die Genossenschaft ist die am besten geeignete Unternehmensform, um PCP-Projekte umzusetzen. Denn sowohl Kommunen als auch Genossenschaften sind am Gemeinwohl orientiert. Genossenschaften fördern ihre Mitglieder, verzichten auf Gewinnmaximierung und sind Einrichtungen der Hilfe zur Selbsthilfe.

Mit dem angestrebten PCP-Projekt in Form einer eingetragenen Genossenschaft sollen verschiedene Bedürfnisse nutzbringend für alle Beteiligten zusammengebracht werden:

Auch in der Stadt Pirmasens, und als Mittelzentrum mit entsprechendem Einzugsgebiet, zeichnen sich ein Ärztemangel und damit eine ernstzunehmende Lücke in der medizinischen Versorgung ab. Die Bevölkerung hat jedoch ein Recht auf eine moderne, wohnortnahe und umfassende ärztliche Versorgung im ambulanten Bereich. Diese wird in naher Zukunft unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht mehr gewährleistet werden können. Auf der anderen Seite fehlt es jungen Ärzten oftmals am notwendigen Kapital eine Praxis einrichten oder übernehmen zu können. Dazu kommen weitere Hemmnisse im Umfeld, schwierige Arbeitsbedingungen oder die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf. Laut Ärztezeitung wünschen sich junge Ärzte insbesondere eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis und flexible Arbeitszeiten. Gerade diese beiden Bedingungen sind in der inhabergeführten Arztpraxis kaum unmöglich.

Die Stadt Pirmasens sollte die oben skizzierten Projektinhalte in einem Modellversuch konkretisieren und die Umsetzung anstoßen. Der Beitrag der Stadt Pirmasens könnte u.a. darin bestehen, Grundstücke oder Immobilien einzubringen und für die Projektentwicklung zur Verfügung zu stellen.

Als erster Schritt zur Umsetzung könnte eine Lenkungsgruppe aus Verwaltung, Politik und den zu beteiligenden Akteuren gebildet werden. Als wichtigste Gruppe

wäre selbstverständlich die Pirmasenser Ärzteschaft einzubeziehen, aber auch das Krankenhaus, die Kassenärztliche Vereinigung und weitere mögliche und erwünschte Kooperationspartner.

**Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE:**

.....  
Frank Eschrich, Vorsitzender

.....  
Brigitte Freihold, stellv. Vorsitzende